Interviews

Informationen am Morgen

Datum: 8.11.2023

Durchbruch oder weiter Trippelschritte? Zu den Beschlüssen der Ministerpräsidenten-Konferenz und den Beratungen mit Kanzler Scholz

Interview mit Daniel Günther (CDU), Ministerpräsident in Schleswig-Holstein

Jasper Barenberg: Über die Beschlüsse habe ich vor einer dreiviertel Stunde mit dem CDU-Politiker Daniel Günther sprechen können, dem Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein. – Guten Morgen, Daniel Günther!

Daniel Günther: Guten Morgen, Herr Barenberg.

Barenberg: Herr Günther, sind Sie mit den Beschlüssen zufrieden, obwohl Ihr Parteichef, obwohl Friedrich Merz so unzufrieden ist?

Günther: Nach so einem Gipfel zu sagen, man ist zufrieden, das wäre sicherlich ein Stück zu viel. Ich bin erleichtert, dass es uns am Ende gelungen ist, schon auch weitgehende Beschlüsse dort zu fassen, aber ich glaube, zufrieden sind wir alle erst miteinander, wenn wir sehen, dass die Maßnahmen, auf die wir uns verständigt haben, wirklich eine Wirkung entfalten. Ich glaube, es war große Einigkeit darüber, dass wir eine Begrenzung und Steuerung der Flüchtlingsströme, auch insgesamt der Asylverfahren bei uns in Deutschland brauchen. An diesem Anspruch müssen sich diese Beschlüsse jetzt messen. Aber zufrieden sind wir, glaube ich, alle erst, wenn wir sehen, dass diese Wirkung auch wirklich entfaltet wird.

Barenberg: Da sagt Friedrich Merz jetzt, er kann eigentlich schon sicher davon ausgehen, es werden nicht weniger Flüchtlinge kommen mit diesen Beschlüssen, selbst wenn sie dann alle eins zu eins umgesetzt sind. Sehen Sie es anders?

Günther: Wir haben mit Sicherheit auch in Zukunft weiterhin Migrationsbewegungen. Ich glaube, da sind sich auch alle einig. Aber mit den Beschlüssen haben wir in vielen Bereichen dafür Gewähr getragen, dass diese Flüchtlingsströme nicht mehr zwingend dazu führen, dass wir wirklich auch steigende Zahlen in Deutschland haben. Nein, wir haben wichtige Beschlüsse gefasst, Verfahren zu beschleunigen, haben uns darauf verständigt, dass wir uns

zunächst um Menschen kümmern, die aus Herkunftsländern kommen mit einer niedrigen Anerkennungsquote, dass die vordringlich behandelt werden, um möglichst schnell Menschen ohne Bleibeperspektive auch in die Heimat zurückzuführen. Das muss flankiert werden über Abkommen, die die Bundesregierung auch mit den Herkunftsländern trifft. Das muss schnell umgesetzt werden und deswegen setze ich sehr darauf, dass allen klar ist, so was wie im Mai darf sich nicht wiederholen. Da haben wir einen großen Teil der Beschlüsse auch schon gemeinsam gefasst; am Ende hat der Bund aber nichts umgesetzt. Aber wenn die Dinge jetzt schnell auf den Weg gebracht werden – und die Bereitschaft ist bei allen da -, dann bin ich sehr sicher, dass diese Wirkung sich auch sehr schnell entfalten wird.

Barenberg: Weil Sie von Begrenzung gesprochen haben, sagen wir für das kommende Jahr, für 2024 können wir alle jetzt nicht damit rechnen und davon ausgehen, dass weniger Geflüchtete kommen?

Günther: Dass weniger Geflüchtete kommen, das haben wir nicht alleine in der Hand. Aber dass wir zumindest dafür sorgen, dass wir schneller einen Unterschied machen, dass wir daran arbeiten, dass wir beispielsweise auch Asylzentren an europäischen Außengrenzen haben. Das ist ja auf europäischer Ebene verabredet. Wir haben jetzt miteinander festgelegt, dass die Bundesregierung auch prüft, ob wir in Dritt- oder Transitländern solche Asylzentren machen können, um möglichst dafür zu sorgen, dass Menschen sich gar nicht erst auf den Weg nach Europa machen, die gar keine Bleibeperspektive haben. Das muss jetzt alles schnell umgesetzt werden und je fixer gearbeitet wird, desto schneller werden die Zahlen auch runtergehen.

Barenberg: Ich will gleich noch mal ausführlicher auf diesen Vorschlag Asylverfahren in Drittstaaten zu sprechen kommen. Zu den Beschlüssen jetzt noch mal: Ist es fair zu sagen, das politische Signal soll vor allem sein, mehr Härte gegen Geflüchtete und eine Abkehr vom Willkommensstaat?

Günther: Nein. Ich glaube, alle sind sich einig darin, Menschen, die wegen politischer Verfolgung, aus wichtigen Asylgründen, wirklich klassische Geflüchtete aus Kriegsgebieten. Ich glaube, da besteht überhaupt gar kein Zweifel daran, dass eine große Aufnahmebereitschaft da ist, nicht nur im Kreise der Ministerpräsidentenkonferenz, sondern ich glaube, das wird auch breit gesellschaftlich getragen. Aber richtig ist, dass das Signal ausgeht, dass wir in Zukunft sehr deutlich einen Unterschied machen zwischen Menschen, die aus verständlichen Gründen, Armutsmigration zu uns kommen, dass hier die Botschaft ist, diese Probleme werden wir nicht dauerhaft in Deutschland lösen, sondern hier geht es darum, Menschen in ihren Heimatländern zu helfen, möglichst dafür zu sorgen, dass sie sich gar nicht erst auf den Weg

machen. Dieses Signal wird ausgesandt. Natürlich wünscht man sich, dass es allen Menschen gutgeht, aber wir müssen dafür sorgen, dass es den Menschen auch in ihren Ländern gutgeht. Wir können die Probleme nicht dadurch lösen, dass wir alle Menschen nach Deutschland kommen lassen, und das ist das Signal dieser Verständigung und dazu stehe ich auch.

Barenberg: Wenn jetzt Bargeld durch Sachleistungen mehr und mehr ersetzt werden soll, wenn es eine Bezahlkarte geben soll, wenn reguläre Sozialhilfesätze erst nach drei Jahren möglich sein sollen für Asylsuchende, was anderes ist das als Schikane, wie es manche jetzt empfinden?

Günther: Das ist eine Angleichung an Recht auch in anderen Ländern und absolut legitim, das auch zu tun. Wenn wir vergleichbare Leistungsniveaus auch innerhalb Europas haben, dämmen wir zumindest Sekundärmigration ein, die ja stattfindet, weil die Bedingungen bei uns in Deutschland auch besser sind als in anderen Ländern. Aber es ist mitnichten so, dass wir jetzt in den Standards dramatisch runtergehen, sondern wir gehen auf ein ähnliches Niveau. Asylbewerberleistungen, finde ich, lange oder länger zu zahlen, ist nichts Unmenschliches. Das machen wir bisher auch schon in den ersten 18 Monaten. Jetzt ist die Botschaft, dass es verlängert wird, aber Zielsetzung ist auch in unserem Papier, dass Menschen gar nicht dauerhaft von sozialen Transferleistungen abhängig sind, sondern dass wir diejenigen, die kommen und arbeitsfähig sind, in den Arbeitsmarkt überführen. Das war ja ein Webfehler schon der vergangenen Jahre, dass wir hier Hürden gesetzt haben, so dass Menschen gar nicht arbeiten konnten in unserem Land. Ich glaube, jeder hat ein anderes Gefühl dafür, wenn Menschen, die bei uns sind, auch für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen.

Barenberg: Sprechen wir über diese vorgeschlagenen diskutierten Asylverfahren in Drittstaaten. Großbritannien ist da für manche ein Vorbild. Heißt das mit anderen Worten, Sie könnten sich vorstellen, Menschen in Not gegen ihren Willen in einen ganz anderen Teil der Erde zu bringen, um dort ein Asylverfahren zu durchlaufen?

Günther: Wir haben uns ja genau darauf verständigt - das ist im Übrigen auch im Koalitionsvertrag des Bundes schon angelegt gewesen -, dass diese Prüfung erfolgt. Es ist im Kompromiss auf Bundesebene ja festgehalten worden, dass das europarechtlich auch möglichgemacht wird, und ich finde, das ist auch vernünftig, so etwas zu handhaben. Wenn man Länder hat, die rechtsstaatliche Verfahren sicherstellen, finde ich, ist es nur ein Gebot der Fairness, dass das entsprechend auch auf anderen Kontinenten stattfinden kann und dass nach diesem Verfahren dann Menschen mit einer Bleibeperspektive auch den Weg nach Eu-

ropa antreten können. Aber diejenigen, die ohnehin gar keine Aussicht gehabt hätten, in unserem Land Asyl zu bekommen, weil sie die Kriterien schlicht nicht erfüllen, dass man denen den Weg, den ja auch gefährlichen Weg nach Europa erspart, widerspricht überhaupt nicht humanitären Grundsätzen.

Barenberg: Das heißt, für Sie ist beides vorstellbar, Verfahren bevor Menschen sich überhaupt auf den gefährlichen Weg machen, aber auch Rückführungen, wie es Großbritannien plant, nach Ruanda – da steht ja noch eine Gerichtsentscheidung aus -, um die Asylanträge dann dort im Nachhinein nach Rückkehr aus Großbritannien zu prüfen?

Günther: Ich unterstütze alles, worauf wir uns im Rahmen dieser Konferenz verständigt haben. Es liegt jetzt am Bund, das auch rechtlich zu prüfen, ich finde, auch die richtigen Signale auszusenden, denn das Signal soll ja nicht sein, dass wir es möglichst leichtmachen, Asylanträge zu stellen, dass die Anzahl noch steigt, sondern das Ziel ist, dass wir irreguläre Migration auch begrenzen, dass sie schlicht und ergreifend gar nicht stattfindet, und in dem Sinne unterstütze ich alles, was jetzt von Seiten der Bundesregierung auf Grundlage des Beschlusses umgesetzt wird.

Barenberg: Kommen wir zum Schluss noch mal auf Ihren Parteichef zu sprechen. Friedrich Merz hat jetzt gesagt, für ihn sind die Gespräche über einen Deutschlandpakt zum Thema Migration beendet. Ist das klug aus Ihrer Sicht? Sie haben ja gerade zusammengesessen mit dem Bundeskanzler, um Fortschritte zu erreichen.

Günther: Uns allen, glaube ich, ist sehr schleierhaft, was beim Bundeskanzler immer bedeutet, er führe Gespräche über einen nationalen Konsens. Wir haben davon in der Ministerpräsidentenkonferenz überhaupt nichts gespürt oder mitbekommen. Diese beiden Gespräche, die der Kanzler ja auf seine Einladung mit dem Oppositionsführer geführt haben, sind im Sinne von Geheimdiplomatie des Bundeskanzlers völlig ausgeblendet worden. Wir waren als Unions-Ministerpräsidenten über Friedrich Merz informiert, dass diese Gespräche stattgefunden haben, dass auch über alle Punkte, die Friedrich Merz dort für die Unions-Fraktion vorgeschlagen hat, gesprochen wurde, und wir waren alle sehr erstaunt, dass offenkundig der Bundeskanzler mit den SPD-Ministerpräsidenten beziehungsweise mit der A-Seite im Vorfeld gar nicht gesprochen hat. Das hat die Verhandlungen dramatisch erschwert, das hat uns viele Stunden an Arbeit gekostet. Von daher ist der Bundeskanzler jetzt, finde ich, in der Erklärungsnot, was denn sein Angebot an Friedrich Merz eigentlich für ihn bedeutet.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.